

Anfrage für den  
Bauausschuss  
am 24.1.2008  
und den  
Umweltausschuss  
am 29.1.2008

20. Dezember 2007

### **Feinstaubbelastung an den Schulen in der Bürgerstraße - kurzfristige Maßnahmen der Stadt Göttingen**

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat – am Beispiel der Stadt München -  
entschieden, dass Bürger ein Recht auf saubere Luft haben und Städte und Gemeinden  
dieses Recht gewährleisten müssen.

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhielt am 26.11.2007 ein Schreiben  
von besorgten Eltern, deren Kind an der Bürgerstraße zur Schule geht. Im Frühjahr  
2006 wurden in der Messstation an der Bürgerstraße an 49 Tagen  
Feinstaubkonzentrationen festgestellt, die teilweise weit über dem zulässigen  
Grenzwert lagen. Nach Darstellung der Familie ist der Abgasdunst insbesondere dann  
spürbar, wenn die Autobahn oder der Sandweg gesperrt sind.

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat die Stadt bereits im Februar 2006  
angesichts der enormen Grenzwertüberschreitungen aufgefordert aktiv zu werden. Wir  
geben daher die berechtigte Anfrage der betroffenen Familie an die Verwaltung weiter.

#### **Wir fragen die Verwaltung:**

Welche konkreten kurzfristigen und auch langfristigen Maßnahmen gedenkt die Stadt  
Göttingen umzusetzen um die Luftqualität in der Bürgerstraße spürbar zu verbessern?



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

<b>Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der</b>	:	<b>Bündnis 90/die Grünen-Ratsfraktion</b>
<b>für die Sitzung des Bauausschusses am</b>	:	<b>24.01.2008</b>
<b>und die Sitzung des Umweltausschusses am</b>	:	<b>29.01.2008</b>
<b>THEMA</b>	:	<b>Feinstaubbelastung an den Schulen in der Bürgerstraße – kurzfristige Maßnahmen der Stadt Göttingen</b>
<b>Antwort erteilt</b>	:	<b>Stadtbaurat Dienberg</b>

Im Jahr 2006 war in der Stadt Göttingen an der Messstation in der Bürgerstraße der Grenzwert für Feinstaub von  $50\mu\text{g}/\text{m}^3$  67 mal überschritten worden, zulässig sind 35 Überschreitungstage. Aufgrund dieser Luftschadstoffsituation wird die Stadt Göttingen einen Luftreinhalteplan für Stickstoffdioxid und Feinstaub sowie einen Aktionsplan für Feinstaub zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastungen und zur Vermeidung von Grenzwertüberschreitungen bis Ende des Jahres 2008 über das Umweltministerium der EU vorlegen. Der Auftrag für die Erstellung eines Luftreinhalte-/Aktionsplans ist bereits vergeben.

Als Voruntersuchung hat das Land eine modellgestützte Abschätzung von Luftschadstoffkonzentrationen für das Stadtgebiet Göttingen durchgeführt. Dieses Datenmaterial liegt uns seit Ende Dezember vor. Auf dieser Grundlage können nun konkrete Maßnahmen wie beispielsweise Einrichtung einer Umweltzone in Göttingen, Verstärkung des Verkehrsflusses, Verflüssigung des Kfz-Verkehrs in Kombination mit der Verringerung der Fahrgeschwindigkeit, Umleitungsmanagement für LKW-Verkehr u.a. mituntersucht werden. Ob und wie sich beispielsweise eine Umweltzone einrichten lässt und welchen Effekt diese überhaupt auf die Senkung der Grenzwertüberschreitungen haben könnte, wird jetzt intensiv geprüft. Im Luftreinhalte-/Aktionsplan, der Mitte des Jahres 2008 als Entwurf vorliegt, werden konkrete Aktionsmöglichkeiten zur Reduzierung von Feinstaub aufgeführt sein. Die Verwaltung wird dem Gesamtmaßnahmenkonzept nicht vorgreifen und deshalb keine Maßnahmen vorab diskutieren, auch nicht bezüglich der Bürgerstraße. Im übrigen konnte bei einem Verkehrschaos am 30.05.2007 auf der A7 mit einer Vollsperrung in beiden Richtungen und einem nahezu stehenden Verkehr in der Innenstadt keine Erhöhung bei Feinstaub festgestellt werden, da nur ein geringer Teil der Feinstaub-Belastung direkt aus dem Auspuff kommt. Der überwiegende Teil der Feinstaubbelastung ist durch die Staubaufwirbelung fahrender Fahrzeuge bedingt. Hinzu kommt, dass die Feinstaubbelastung in 2007 erfreulicherweise deutlich niedriger als 2006 ist. Dieser Rückgang der Schadstoffbelastung ist auch in anderen Städten festzustellen und zeigt deutlich, wie gering der Einfluss der Kommunen im Vergleich zum Wetter ist. Der Winter 2006 war ungewöhnlich warm, deshalb wurde auch weniger geheizt und weniger gegen Glätte gestreut. Im Frühling und Sommer gab es Wetterlagen, die einen guten Luftaustausch ermöglichten. In 2007 wurden daher an nur 29 Tagen Überschreitungen von  $50\mu\text{g}/\text{m}^3$  gemessen. Die in der Bundesimmissionsschutzverordnung festgelegten Grenzwerte wurden in 2007 nicht überschritten.